



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Unser Verband im Jahre 1923.

Deutschlands große Zeit hat mit dem Jahre 1923 seinen Höhepunkt erreicht. Wir sind, ohne es zu wollen, herrlichen Zeiten entgegengeführt worden. Niemand im deutschen Volke hätte geglaubt, daß Kriege Nachwirkungen von solchen Dimensionen haben können, wie sie uns das Jahr 1923 gebracht hat. Auch in der Zeit des Friedens hat Deutschland Kriege führen müssen, Kriege, deren Granaten nicht Bomben und Pulver sind, hier sind die Brotwerkzeuge Hunger und Elend, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsnot, Währungssturz und höchste Ausbeutung durch „Volksgenossen“ gewesen. Die Arbeiterschaft leidet durch jeden Krieg unsagbar, aber auch dieser „friedliche“ Krieg schlug ihr grauenhafte Wunden. Waren 1922 noch Hoffnungschimere vorhanden, die auf Besserung deuten ließen, dann hat uns das Jahr 1923 den Reich des Leidens bis zum Grund auslosten lassen.

Von den Ereignissen nicht verschont, im Gegenteil von diesen äußerst erfüllt, war unser Verband. Daß dieses im Jahresbericht seinen Spiegel findet, versteht sich von selbst. Es ist darum keine angenehme Aufgabe, einen Bericht über dieses Jahr zu schreiben. Nichts könnte den Unwert des Lebens besser beweisen als das Jahr 1923 mit seinen Ereignissen und der zu ihrer Bekämpfung vergebenden wertvollen Arbeit, die im wahrsten Sinne des Wortes Sisyphusarbeit gewesen ist.

Als den Gradmesser der Not der Kollegenschaft können wir den Dollarkurs bezeichnen. Er stand Anfang Januar 1923 auf 7200 M., und beschloß seine bedeutungsvolle Laufbahn in Deutschland bei einem Stande von 4,5 Billionen Mark. Diese Entwicklung kennzeichnet die Arbeit des Verbandes. Schrieben wir 1922, daß die meiste Zeit der Verbandsfunktionäre damit ausgefüllt war, Lohnverhandlungen zu führen, und zu anderer Arbeit keine Zeit und Kräfte erübrigt werden konnten, dann muß es uns sehr ins Erstaunen setzen, wie die gewaltige Arbeit des Jahres 1923 hat geleistet werden können. Waren unsere Vertreter im Vorjahre „nur“ zehnmal zu Verhandlungen, so machten sie im Berichtsjahre diesen Gang dreimal so oft. Nicht weniger als 30 Lohnregulierungen waren nötig, um dem Hilfspersonal Löhne zu erringen, die sich wenigstens einigermaßen der Geldwertung anpassen. Und die kaum glaublichen Schwierigkeiten, die unsere Verhandler zu überwinden hatten, wird einigermaßen verständlich, wenn man bedenkt, daß die Hartnäckigkeit der Prinzipale mit der Not stieg. In den meisten Fällen konnten Lohnvereinbarungen auf dem friedlichen Wege nicht erzielt werden; immerfort mußte das Arbeitsministerium als Schlichtungs- und Schiedsstelle eingreifen, um durch Verbindlichkeitsklärung die Prinzipale zur Anerkennung der Schiedsprüche zu zwingen. Den größten Widerstand entfalteten die Prinzipale bei der Einführung der Index- und späterhin der Goldlöhne. Beide Male führten die Verhandlungen zu keinem befriedigenden Ergebnis, und es war leicht verständlich, wenn der Gebärdens in einzelnen Zahlstellen riß und die Kollegenschaft zum letzten gewerkschaftlichen Mittel, zum Streit, griff, um sich die notwendigen Löhne zu erringen. Im August setzte im Buchdruck die Regelung der Löhne durch Indexziffern ein, aber wohl gemerkt erst dann, als den Prinzipalen von Seiten des Reichs Zuschüsse und Kredite in enormer Höhe gewährt waren. Der für die Woche vom 4. bis 11. August vereinbarte Spitzlohn von 5 Millionen Mark sollte für die Berechnung der Indexlöhne maßgebend sein. Die Prinzipale ließen bei späteren Verhandlungen Sturm gegen diese Regelung und setzten es, nachdem sie die Festung Reichsarbeitsministerium genommen hatten, auch durch, daß ganz erhebliche Abstriche gemacht wurden.

Als in anderen Gewerben schon längst Goldlöhne gezahlt wurden, die sich infolge Umstellung der ganzen Wirtschaft auf Goldrechnung notwendig gemacht hatten, entbrannte im November auch in unserem Gewerbe der Kampf um die Goldlöhne. Wie der Kollegenschaft noch in Erinnerung sein dürfte, fällt das R.M., da die Verhandlungen mit den Prinzip-

palen infolge der strikten Ablehnung der Goldlöhne kein Ergebnis gebracht hatten, einen völlig ungenügenden Schiedspruch. In Berlin brach daraufhin (gegen den Willen der Verbandsleitung) der Streit aus, der durch das rigorose Eingreifen des Militärs zu Fall kam und für die Prinzipale Ausgangspunkt werden sollte, um ihrem das ganze Jahr hindurch gegen die Hilfsarbeiterschaft mit äußerster Erbitterung geführten Kampf die Krone aufzusetzen. Es war das Ziel der Prinzipale, den bestehenden Reichstarif mit dem Hilfspersonal zu beseitigen. Man glaubte, die Zeit sei gekommen, um wieder zu den Methoden der Vorkriegszeit zurückzukehren, nämlich den Verband bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuschalten. Die Zeit, die zwischen den Ereignissen und heute liegt, ist zu kurz und der Abwehrkampf gegen die Prinzipale war für die gesamte Kollegenschaft zu hart, als daß die Ereignisse schon vergessen wären und wir deshalb auf eine Revue verzichten können. Nochmals sei hier aber festgestellt, daß der Ernst der damaligen Situation nicht im entferntesten von der Gesamtkollegenschaft erkannt worden war und nur der aufopferungsvollen Tätigkeit unserer Funktionäre und der geleisteten Arbeit unserer Verhandler war es möglich, wenn auch unter Opfern, das Tarifgebäude zu retten und die Prinzipale in den Glauben an ihre Allmacht zu enttäuschen.

So war das Berichtsjahr ein Kampfsjahr, wie es die Hilfsarbeiterschaft noch nie erlebt hat. Auf der einen Seite war es der äußere Feind, der der Arbeiterschaft zulegte, und auf der anderen Seite der innere Feind, in Gestalt der Unternehmer, der das Leben des Proletariats zur Hölle machte. Das geprägte Wort vom Zweifrontenkrieg der deutschen Arbeiterschaft war leider allzu wahr. Unser junges Tarifgebäude im Buchdruckgewerbe hat im ganzen vorigen Jahr einen Generalan Sturm ertragen müssen. Hatte die Prinzipalität den Kampf nicht offen geführt, wie am Ende des Jahres, dann versuchte sie, das Tarifwesen auf illegalem Wege zu diskreditieren. Mangelhafte oder resultatlose Verhandlungen der Tarifinstanzen waren Wege zu diesem Ziel. Leider haben unsere Verbandskollegen von links die Prinzipalität bewußt oder unbewußt in diesem Kampfe unterstützt. Die Ereignisse und Kämpfe des Vorjahres sollten für die Gesamtkollegenschaft ein lehrreiches Beispiel sein und sollte sie über Wesen und Wirken des Verbandes und über die Mittel, die den Verband im Wirken für die Kollegenschaft unterstützten, genügend aufgeklärt haben. Lernet der einzelne daraus, dann ist uns um die Zukunft unserer Organisation nicht bange.

Im Steindruck hat sich im Berichtsjahr außer den Lohnsätzen nicht viel geändert. Hier ist die Starrköpfigkeit der Prinzipale gegenüber dem Vorjahre noch nicht gewichen. Immer noch dominiert in den Steindruckprinzipalstreifen die Auffassung, daß Bezirks-, Orts- oder Betriebstarife dem Reichstarif vorzuziehen sind. Wann wird hier einmal die Götterdämmerung erfolgen und wann werden die Prinzipale in Bahnhalt einziehen! Die vielen Lohnbewegungen im Steindruckgewerbe zu schildern, wäre müßige Arbeit. Im Berichtsjahre ist die Entlohnung des Steindruckpersonals vielfach in enger Anlehnung an den Buchdruckreichstarif erfolgt. Natürlich ist es auch im Steindruck nicht ohne eine Anzahl von Kämpfen abgegangen, wovon ein Teil Erfolg hatte, während ein anderer Teil infolge mangelnder Disziplin der Kollegenschaft und sonstiger Einwirkungen zur Erfolglosigkeit verurteilt war. Hier wären insbesondere Nürnberg und Halle zu nennen.

Allenthalben hat sich aber unter den Auswirkungen der Kämpfe im Steindruck die Erkenntnis des Wertes der Organisation für die Berufsangehörigen gesteigert. Geht der Zug der Entwicklung ebenso weiter vorwärts, dürfte auch die Zeit nicht mehr fern sein, da sich die Hilfsarbeiterschaft des Steindrucks bessere Tarifverhältnisse erringt.

Auch im Schriftgießergewerbe wurden nennenswerte Erfolge auf dem Lohngebiete errungen. Trotz der schlechten Konjunktur konnten hier

die Abbaugelüste der Unternehmer nicht nur in Schranken gehalten, sondern darüber hinaus Erfolge errungen werden.

Der Bericht unseres Verbandstafelers, ebenso die Bewegungstafel sollen in einem besonderen Artikel besprochen werden. Wertvoll und von großer Bedeutung für uns ist jedoch die im Jahresbericht veröffentlichte Arbeitslosenstatistik. Infolge der Inflation und Wirtschaftskrise grassierte in Deutschland die Arbeitslosigkeit in ungeheurer Maße. Trotz des Banknotendrucks ist die Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbe doch in einem Ausmaß aufgetreten, wie wir es seit Bestehen unseres Verbandes nicht aufzuweisen hatten. Es sind dem Verband gemeldet worden:

Im Monat	Zahl von Arbeitslosigkeit		
	männlich	weiblich	zusammen
1923			
Januar	408	747	1150
Februar	315	811	1126
März	1080	2684	3764
April	767	2678	3445
Mai	988	2770	3758
Juni	2119	4742	6861
Juli	726	1489	2215
August	904	1864	2768
September	2645	3855	6500
Oktober	1218	2068	3286
November	2665	4124	6789
Dezember	8970	7011	10981
1924			
Januar	2484	3785	6269
Februar	1071	2126	3197
März	1593	1280	2873

Ueber den Umfang der Kurzarbeit sind zwar ebenfalls monatlich Ermittlungen angestellt worden, deren Ergebnis aber so unvollständig war, daß wir deren ziffernmäßigen Ueberblick nicht geben können.

Die Steigerung der Arbeitslosenziffer in den letzten Monaten des Jahres 1923 ist zurückzuführen auf die Einstellung des Banknotendrucks. Dieser hatte ein Anziehen vieler berufsfremder Elemente mit sich gebracht, deren Abwanderung inzwischen teilweise schon erfolgt ist oder noch erfolgen muß.

Da Arbeitslosenziffern immer ein Kennzeichen der Wirtschaftslage sind, läßt sich aus der großen Zahl der Arbeitslosen ohne weiteres ersehen, daß die Wirtschaftslage des ganzen Jahres eine äußerst schlechte war. Diese hat sich denn auch auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung ausgewirkt. Wenn es uns gelungen ist, im Berichtsjahre das Verbandschiff ohne große Fahrnisse durch die Klippen zu steuern und dabei das Los der Kollegenschaft zu bessern, so ist das neben der finanziellen Hilfe ausländischer Bruderorganisationen, die im folgenden Artikel noch eingehend gemüßigt werden soll, der außerordentlich tätigen Wirksamkeit der Funktionäre, der Gauseitigen und nicht zuletzt des Verbandsvorstandes zu verdanken. Von diesen Kreisen ist Mühe, Not, Ueberarbeit, Acker u. s. w. nicht gescheut worden, um der Kollegenschaft wenigstens eine annehmbare Entlohnung zu sichern und die Arbeitsbedingungen erträglich zu gestalten. Der Dant der Gesamtkollegenschaft ist ihnen gewiß. Nach diesem Jahr werden nun hoffentlich Jahre der ruhigen Entwicklung folgen. Unser Verband ist, wie schon so oft, auch diesmal durch eine der schwersten Sturm- und Drangperioden gegangen.

Tagung des Bundesauschusses des DGB.

Am 21. Juli trat der Bundesauschuß zusammen, um in zwei Tagen die ihm obliegende Arbeit zu erfüllen. Leipzig erteilte den Bericht des Bundesvorstandes. Derselbe erstreckte sich auf die derzeitige Wirtschaftslage und die Kampflage der Gewerkschaften, sowie auf die Tätigkeit des Vorstandes. Genosse Leipzig wies insbesondere auf die große Bedeutung der Verhandlungen der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf über den Achtstundentag und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens hin. Diese geben dem

Kampf um den Achtfundentag einen neuen Impuls und beweisen die Notwendigkeit, den Achtfundentag in Deutschland zu erhalten bzw. zurückzugewinnen. Nach der vom ADGB erhobenen Statistik über die wirkliche Arbeitszeit in Deutschland, arbeiten ein Drittel aller Betriebe länger als 8 Stunden. Es muß darum von den Gewerkschaften der Kampf um den Achtfundentag energischer denn je geführt werden oder wenigstens die Begehrung der Leberarbeit mit den tariflichen Leberstundenzuschlägen durchgekehrt werden. Des weiteren berichtete Belpart über den Abbau des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, über die Verhandlungen der beiden Internationalen zum Sachverständigenentwurf, über die mit der Reichsregierung zu diesem Gegenstande und zur Schutzpolitik stattgefundenen Verhandlungen, über den bevorstehenden internationalen Kongreß für Sozialpolitik in Prag und über die vor wenigen Wochen abgehaltene Konferenz mit den Bezirkssekretären des ADGB, die sich insbesondere mit den Fragen der Erwerbslosenfürsorge und der Neubelebung der Agitation befaßte. Die letztere Frage legte der Vorstandsmitglied auch den Verhandlungsleitenden an Herz. Der sich während der Infation in der Gewerkschaftsbewegung, auch bei den Funktionären sich breitmachende Pessimismus, muß jetzt endgültig ausgerottet werden. Es müssen das Selbstvertrauen zur eigenen Kraft und Arbeit und zu den Erfolgen der Gewerkschaften zurückkehren. In der Aussprache kam auch der Beschluß des Genossenschaftstages, betreffend Nacharbeit in den Bäckereien, zur Sprache. Da dem Reichstag bereits Anträge zu diesem Gegenstand vorliegen, wurde es den im Reichstag befindlichen Gewerkschaftsvertretern überlassen, zu prüfen, inwieweit den Wünschen der Genossenschaften nach Ausnahme für Dreifachschichtbetriebe, Rechnung getragen werden kann. Ferner wurde die Notwendigkeit anerkannt, dem unwürdigen Zustand, in welchem sich der Vorläufige Reichswirtschaftsrat befindet, sofort ein Ende zu machen. Eine diesbezügliche Entschiedenheit wurde angenommen. Alsdann wurde die Ershawahl für den ausgeschiedenen Genossen Wißfell vorgenommen. Genosse Eggert (Stuttgart) wurde einstimmig gewählt.

Darauf referierte Genosse Larnow über das Thema: „Sachverständigenurachten und Gewerkschaften“. Er erläuterte den Inhalt des Gutachtens und die damit für Deutschland verbundenen Kosten. Der Redner berichtete dann über die Arbeiten der vom Bundesvorstand eingesetzten Kommission, deren Ergebnisse in einer Denkschrift zusammengestellt sind und allen Gewerkschaften zugänglich gemacht werden.

Genosse Blett gab sodann einen Bericht der Kommission zur Vorbereitung der Volksabstimmung über den Achtfundentag. Die Kommission hat die verschiedenen Gutachten darüber gehört, ob ein eigener Gesetzentwurf oder das Washingtoner Abkommen zur Volksabstimmung kommen soll. Sie kam zu dem Entschluß, das letztere zu empfehlen. Im Hinblick auf die in jüngster Zeit erfolgten Antundigungen der Regierungen in England, Frankreich und Belgien, daß sie ihren Parlamenten jetzt die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens empfehlen wollen, beschloß der Bundesauschuß, die dem Deutschen Reichstag angehörenden Gewerkschaftsvertreter aufzufordern, durch einen entsprechenden Antrag im Reichstag die Regierung zu veranlassen, einen Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit in Deutschland vorzulegen, dessen Annahme und Durchführung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in angemessener Frist auch in Deutschland ermöglicht.

Die Vorschläge der zur Vorbereitung einer Volksabstimmung über den Achtfundentag eingesetzten

Kommission vermieß der Bundesauschuß zunächst an die Vorstände der Einzelverbände zur beschleunigten Stellungnahme.

Die Verbände sollen insbesondere über die Aufbringung der Geldmittel, die zur Propaganda für die Volksabstimmung erforderlich sind, verbindliche Beschlüsse herbeiführen. Der Bundesauschuß sprach sich dahin aus, daß der Mindestbeitrag jedes Mitgliedes für den zu schaffenden Propagandafonds 50 Pf. betragen muß. Jeder Verband soll die hiernach auf ihn entfallende Summe vom 1. November d. J. ab verfügbar halten.

Zuletzt berichtete Genosse Brey namens der vom Bundesauschuß, in Ausführung des Beschlusses des Leipziger Gewerkschaftskongresses über die Organisationsfrage eingesetzten Kommission. Diese habe, um einer geeigneten Lösung näher zu kommen, einen Arbeitsauschuß eingesetzt, welcher jedoch infolge der Zeitverhältnisse seine Arbeit nicht aufnehmen konnte.

Berliner Gewerkschaftsmitglieder! Maffentungebung im Berliner Lustgarten

Montag, den 11. August, abends 7 Uhr
für die Republik — gegen die Reaktion!

Beranfaßt von der Berliner Gewerkschaftskommission und dem KfA-Bund. Melios zur Stelle!

Der Arbeitsauschuß werde am 24. und 25. September d. J. zusammentreten und der am 26. September tagenden Kommission seine Vorschläge unterbreiten. Genosse Belpart empfahl der Kommission wenigstens solche praktischen Vorschläge zu machen, daß sie der nächstjährige Kongreß zum Beschluß erheben könne.

Aus Gründen des Gemeinwohls.

Vom dem Recht, das die Paragraphen 6 und 7 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 den Unternehmern geben, wird in einem Maße Gebrauch gemacht, daß selbst das Reichsarbeitsministerium unter dem 12. Juni d. J. in einem Rundschreiben an die Sozialminister der Länder ausgesprochen hat, die Rücksicht auf die Wirtschaft dürfe nicht zu einer zeitweise völligen Durchbrechung des Verbots der Nacharbeit für Frauen führen. Das Reichsarbeitsministerium bittet in dem Schreiben die Ministerien, „für Arbeiterinnen von der Zulassung völliger Nachschichten sowie eines sehr späten Schlusses oder sehr frühen Beginns der Schicht möglichst ganz und in Fällen, in denen solche Ausnahmen aus ganz schmerzhaften Gründen unerlässlich erscheinen, die Bewilligungen ganz kurz zu beschränken, um eine baldige Nachprüfung sicherzustellen, sowie auch im übrigen die Ausnahmen erst nach genauer Prüfung der Einzelfälle zu erteilen und nach Möglichkeit einzuschränken. Bei den jugendlichen Arbeiterinnen wird ein noch strengerer Maßstab anzulegen und ihr völliger Ausschluß von den Maßnahmen anzustreben sein.“

Das Schreiben läßt erkennen, daß die Anträge auf Einführung der Nacharbeit für Frauen und auf Beschäftigung von Arbeiterinnen bis spät in die Nacht hinein und in Frühstunden zahlreicher sein müssen, als im allgemeinen angenommen und zugegeben wird. Ganz besonders traurig stimmt bei dem Gedanken an die Schädigungen, die aus solcher Beschäftigung erwachsen, der Gedanke, daß die Anträge auf Bewilligung solcher Ausnahmen oftmals zustande kommen

und unterstützt werden durch die Beihilfe, die organisierte Arbeiter den Unternehmern gewähren.

Die Fälle sind gar nicht so selten, wo Betriebsräte die Anträge von Unternehmern auf Ausnahmegewilligungen unterschreiben oder sie durch eigene Schreiben an die Gewerbeaufsicht unterstützen. Zu diesem Vorgehen veranlaßt sie die begreifliche Sorge um ihre Existenz und um die der Kollegenschaft im Betriebe. Unternehmer drohen nämlich in der Regel mit Betriebsstilllegung oder mit Entlassung von Arbeitern, wenn die Bewilligung von Ausnahmen vom Achtfundentag und anderer Beschränkungen der Arbeitszeit nicht gegeben wird. Sie begründen ihre Anträge mit den in § 6 der Verordnung über die Arbeitszeit vorgezeichneten „betriebstechnischen Gründen“, mit „allgemein wirtschaftlichen Gründen“ und mit den in § 7 vorgezeichneten „Gründen des Gemeinwohls“. Nur allzuoft lassen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben dadurch veranlassen, den Wünschen der Unternehmer zu entsprechen.

Jetzt, in der Zeit steigender Abschlättungen, scheint folgende Praxis von Unternehmern Schule zu machen:

Bei Entlassungen, die bei näherer Untersuchung als eine Folge der Abschlättungen und fehlender Aufträge festgestellt werden können, geben Unternehmer den Arbeitern gegenüber Nichtgenehmigung von Gesuchen auf Ausnahmegewilligungen als Ursache an. In einem Falle aus der jüngsten Zeit wurde sogar die Entlassung von 400 Arbeitern und Arbeiterinnen damit begründet, obgleich die Bewilligung des Gesuchs — es handelte sich um Nacharbeit für Frauen — vorlag.

Die Unternehmer, die da versuchen, die wahren Gründe für Betriebsbeschränkungen den Arbeitern zu verschleiern, verfolgen damit ganz bestimmte Absichten. Sie wollen einmal Mißtrauen gegen die behördlichen Stellen säen, denen die Entscheidung über die Anträge aus Ausnahmen obliegt, und sie wollen — und das wohl in der Hauptsache — einen Keil treiben zwischen der Arbeiterschaft der Betriebe und ihrer gewerkschaftlichen Organisation.

Die Unternehmer wissen ganz genau, daß die Organisation es ist, die den Befreiungen auf Ver längerung des Arbeitstages und auf Forderung anderer Vorschriften über den Arbeiter- und Arbeiterinnen schutz mit den ihr verfügbaren Mitteln entgegenwirkt. Ihre Mittel verlieren an Wirksamkeit, sobald sich die Arbeiterschaft einzelner Betriebe durch Beschlüsse der Organisation geschädigt fühlt und ihr deswegen die Gefolgschaft verläßt. Deswegen gilt es für die Unternehmer, bei den Arbeitern der einzelnen Betriebe den Glauben zu wecken, daß ein Befolgen der Organisationsbeschlüsse für sie schädlich ist. Sie wollen einen Keil treiben in die Reihen der organisierten Arbeiterschaft, weil sie die Wichtigkeit des Grundsatzes: „teile und herrsche“ kennen.

Leider lassen sich eine ganze Menge Arbeiter und Arbeiterinnen täuschen. Sie glauben den Unternehmern, und sie übersehen, daß „die betriebstechnischen Gründe“, die „wirtschaftlichen Gründe“ und die „Gründe des Gemeinwohls“, die von den Unternehmern für ihre Anträge auf Ausnahmegewilligungen angeführt werden, Absichten auf Verbilligung der Herstellungskosten auf Kosten der Arbeiterschaft sind, ohne daß dadurch ein Schutz geschaffen wird gegen Betriebsstilllegungen und Entlassungen, die dadurch verhindert werden sollen, in Wirklichkeit aber nicht verhindert, sondern wohl gar gefördert werden.

Gründe des Gemeinwohls erfordern ganz besonders in Zeiten großer Arbeitslosigkeit eine Begrenzung des Arbeitstages für den einzelnen Menschen.

Aus dem Schwalbenbuch von Ernst Toller

Anlässlich der Entlassung Ernst Tollers aus der Festung Niederschönenfeld verlangt es das proletarische Pflichtgefühl, auch ihm einige Worte zu widmen. Unsere Verehrung Ernst Tollers gilt weniger dem Politiker als dem Dichter.

Ernst erfüllt von glühender Heimatliebe kam Toller 1914 aus Frankreich nach Deutschland, um als Kriegsfreiwilliger an der Verteidigung Deutschlands teilzunehmen. Die Einwirkungen des Krieges lassen Ernst Toller zum tiefsten Hasser des Krieges und zum überzeugten Pazifisten und Sozialisten reifen. Als er 1916 vom Militärdienst infolge einer Verletzung entlassen wird, lassen die Erkenntnis der gesellschaftlichen Gegensätze, die unheilvolle Weiterführung des Weltkrieges und der Wille zur Venderung der Verhältnisse in ihm den Willen zur politischen Tätigkeit wach werden. 1917 lernt er Karl Rausky und Kurt Eisner kennen. Bald steht er im Mittelpunkt des politischen Lebens und Geschehens. Die Revolution findet ihn in Bayern an der Seite Kurt Eisners im eifrigen Wirken für die Festigung des in der Revolution Errungenen. Die unglückliche Räterepublik, in der Toller aktiv teilnahm, bringt ihn 5 Jahre hinter Festungsmauern. In diesen 5 Jahren ist der Politiker Toller zum Dichter, zum Dichter des Proletariats, gereift. Masse Mensch, Gedichte der Gefangenen, Hinkemann und nicht zuletzt sein wundervolles Werk „Das Schwalbenbuch“, ein von tiefer Inniger Lyrik getragenes Buch, entstanden in dieser Zeit.

Ein Schwalbenpaar nistete in der Zelle Ernst Tollers. Wie er mit Liebe, warmem Mitgefühl und schmerzlicher Sorge dies Schwalbenpaar umgab, erzählt Ernst Toller in dem köstlichen Schwalbenbuch. Es zählt wohl zu den herrlichsten lyrischen Werken, das von einem Dichter des Proletariats geschaffen ist. Hoffentlich wird die Ernst Toller wiedergegebene Freiheit seine Schaffenskraft erhöhen und durch ihn die proletarische Kunst einen weiteren Aufstieg erfahren.

D dumpfer Sang unendlicher Monotonie!
D ewiges Einerseil farblos zerrinnender Tage!
Immer
Wird ein Tag sein
Wie der letzte,
Wie der nächste,
Immer.

Jirizi Jirizi Jirizi
Jizji
Urrr

Daß man, nahe der dunklen Schwelle,
Solche Melodie vernimmt, so irdischen Jubels, so
irdischer Rage trunken...
Träume, meine Seele, träume,
Berne träumen den Traum der Ewigkeit.

Jirizi Jirizi Jirizi
Jizji
Urrr

Ueber mir über mir,
Auf dem Holzrahmen des halbgeöffneten Otfensters,
das in meine Zelle sich neigt in erstarrter

Steife, so als ob es sich betrunken hätte und im Lockeln gebannt ward von einem hypnotischen Blick,

Sieht
Ein
Schwalbenpärchen.
Sieht,
Wiegt sich! wiegt sich!
Tanz! tanz! tanz!

Siehe die Schwalben:
Aus Schmutz, aus Schlamm, aus Halmen, aus Haaren
der Pferde

Bauen sie fromm ihr edel gewölbtes Nest,
Weihens
Der Erde,
Dem Leben.

Am Morgen, wenn der Wächter kommt,
Schred ich zusammen.
Entdeckt er das Nest,
Neigt ers mit harter Geberde zu Boden.

O im vorigen Sommer der Kriegszug aufjunges Getier!
Gegen Dachrinnen, Firste marschierte man Sturm.
Als ich zum Hof ging,
Ging ich über ein Schlachtfeld.

Hilfslos kreisend die klagenen Mütter.
Paragraph X: Es widerspricht dem Strafvollzug,
Vögel zu bulden im Hause der Buße.

Morgens pukt sich das Schwalbenmännchen
Mit feiner Gragle
Sein bläulich blühendes Gefieder.
Immer ist die Schwäbin unzufrieden,

*) Mit gültiger Erlaubnis des Verlages G. Neuenhauer, Rostock.

Es ist notwendig, daß die organisierte Arbeiterschaft in den Betrieben die Gefahr erkennt, die aus allzubereitwilligem Entgegenkommen von Wünschen der Unternehmer ihr und der Gesamtarbeiterschaft erwächst.

Bertrud Hanna.

Die faschistische Arbeiterdelegation auf der letzten Internationalen Arbeiterversammlung.

Jedem ist die Stellung der italienischen faschistischen Gewerkschaften bekannt. In ihnen sind nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch die Arbeitgeber organisiert. Inwiefern die Gewerkschaften, die doch Mittel sein sollen, um durch die Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der Arbeiterschaft herbeizuführen, mit Hilfe der bei ihnen organisierten Unternehmer ihrer Aufgabe gerecht werden können, bleibt ein Rätsel für die Arbeiterschaft. Mit Recht hat man den italienischen faschistischen Gewerkschaften den Namen „bonafide-Gewerkschaften“ abgesprochen. Sie sind nur ein Anhängel der italienischen faschistischen Partei und als solche niemals fähig, Arbeiterinteressen dienlich zu sein.

Auf der letzten Arbeiterversammlung in Genf hatten auch die faschistischen Gewerkschaften Italiens einen Vertreter, Herrn Rossini, entsandt. Der IGB hatte schon im vorigen Jahre eine Kampagne gegen die Zulassung eingeleitet. Diese hatte nicht nur ihre Wirkung innerhalb der dem IGB angeschlossenen Organisationen, sondern erzielte auch außerhalb bei den dem IGB nicht angeschlossenen Organisationen Resultate. In der Debatte über die Gültigkeitserklärung des Mandats Rossinis wandten sich die Wortführer des IGB energisch gegen die Zulassung. Sie zeigten mit Nachdruck darauf hin, daß die faschistischen Gewerkschaften Italiens nicht das Recht haben, sich als Vertreter der italienischen Arbeiterschaft aufzuspielen. Bei der Abstimmung stimmten dann auch die Arbeiterdelegierten, auch die der christlichen Gewerkschaften, gegen die Gültigkeitserklärung des Mandats. Ein Fortschritt gegenüber dem Vorjahre ist insofern zu verzeichnen, als in diesem Jahre die Regierungsvertreter Dänemarks, Norwegens und Kanadas sich der Auffassung der Arbeitnehmergruppen angeschlossen und die Vertreter von Großbritannien, Deutschland, Irland, Schweden, Bulgarien, Griechenland, Finnland, Lettland und Südafrika den Saal vor der Abstimmung verließen, während im vorigen Jahre nur vier Vertreter sich entfernten hatten. Es ist zwar bedauerlich, daß die nichtstimmenden Regierungsvertreter nicht auf eindeutiger Weise ihrer Gesinnung Ausdruck verliehen, aber es ist aus ihrem Verhalten doch ihre Stellung zu den faschistischen Gewerkschaften zu entnehmen. Verstärkt wurde die Agitation des IGB durch eine vom IGB zusammengestellte Broschüre über Wesen und Wirken der faschistischen Gewerkschaften.

Erwähnt muß noch werden, daß die Vertreter der Arbeitgeber einstimmig für die Zulassung Rossinis eintraten und dementsprechend abstimmten. Diese treue Gefolgschaft gönnen wir Herrn Rossini von Herzen. Es ist dies auch ein weiteres Symptom dafür, wie die Interessen der Arbeiter von den Schwarzhemden-Gewerkschaften vertreten werden.

Die faschistischen Gewerkschaften Italiens sind gleich der gesamten faschistischen Bewegung im Niedergang begriffen. Eines Tages wird die italienische Arbeiterschaft gleich einer Lavine über Italien hinwegrollen und die Trümmer des Faschismus unter sich begraben. Wir werden in nächsten Jahre auf der Internationalen Arbeiterversammlung dann nicht mehr das ergötliche Schauspiel erleben, Schwarzhemdenvertreter um Mandate feilschen zu sehen.

Schilt ihn, zantt ihn, plappert, poltert
Ein scheidiges Rauberwölch.
Würdig beendet das Männchen
Seine Morgenstürur,
Antwortet kaum den keifenden Lauten.
Dann — hehbil
fliegts in die tauigen Himmel.
Aber nicht lange,
Sicht auf dem Fensterrahmen,
Zwitschert der brütenden Gattin
Ein fröhliches Morgentongert.
Rirzi, Rirzi,
Rizli,
Urrr.

Ich stehe am nächsten Gitterfenster.
Träumend zwitschert die Schwäbkin.
Weckt vom liebenden Ruf
Regt sich leise das Schwalbenmännchen.
Ich bin nicht allein.

Auch Mond und Sterne sind mir Gefährten
Und die schimmernden schwebelnden Felder.

Kaufe ich Euch, Schwalben,
Dächle ich meines wertenden Luns.
Der Mensch Mitte des Weltalls?
Warum nicht die Schwalbe!
Erhebet doch, erhebet doch
Die Schwalbe
Auf den Thron des lebenden Tages
Um des Menschen willen
Habt Ihr Menschen gemordet,

Einschränkung der Verbindlichkeits- erklärung von Schiedsprüchen.

In einem Rundschreiben vom 27. Mai 1924 an die Schlichter, nimmt der Reichsarbeitsminister Stellung zur Frage der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen. Es soll, nach dem Rundschreiben, die bisherige Gepflogenheit nicht mehr beibehalten werden. Der mittels des staatlichen Zwanges erzielte Frieden müsse zu einer „seltenen Ausnahme“ gemacht werden. Er weist nochmals auf seine früheren Ausführungen in gleicher Sache hin. Danach ist es grundsätzlich Sache der Beteiligten, unter eigener Verantwortung die Arbeitsbedingungen zu regeln. Nur dort, wo für die Allgemeinheit, infolge zur scharfen Auseinanderprallens der Gegensätze, Gefahren entstehen, sollte der Staat mit seinen Schlichtungsorganen eingreifen und eine Verständigung zu erzielen versuchen und bei der Erfolglosigkeit zur Verbindlichkeitsklärung von Schieds-

Was ist der Verband?

Eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten, die zur Erreichung selbstbestimmter Ziele und Forderungen andauernd vereint wirkt und kämpft. Viele einzelne bilden die Gesamtheit; diese gewährt dem einzelnen Schutz, erwartet dafür aber seine Mithilfe zum Schutze der anderen. Du selbst bist ein wichtiges Glied im Verband, genau so, wie alle anderen. Nicht allein das Verbandsbureau und die beauftragten Angestellten sind die äußere Erscheinung des Verbandes, sondern alle Mitglieder, also auch du und deine Kollegen in der Wirklichkeit. Bewege dich stets so, daß man von dir weiß, daß du die Verbandsinteressen förderst, vor allem, daß auch du ein Vertreter des Verbandes bist!

sprüchen, zur Herstellung des „Friedens“ schreiten. Es müssen also zwingende wirtschaftliche und soziale Gründe vorliegen, um vom zwangsweisen Eingriff des Staates in die Selbstbestimmung der am Streit beteiligten, Gebrauch zu machen. Der Reichsarbeitsminister erklärt weiter, daß es in letzter Zeit beinahe zur Regel geworden ist, die Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche zu beantragen. Die Grundzüge zur Verbindlichkeitsklärung dürfen nicht „durch ein zu starkes Nachgeben gegenüber dem Drängen der Parteien im einzelnen Streitfall erschüttert werden“. Die Schlichter sollen mit größerer Genauigkeit als bisher prüfen, ob die Voraussetzungen zur Verbindlichkeitsklärung vorhanden sind.

Nach diesem Rundschreiben des Reichsarbeitsministeriums ist also in Folge mit einer starken Einschränkung der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen zu rechnen. Der Bundesauschuß des IGB hatte schon im März Stellung genommen zu dieser Frage. Es ist damals zu einem Ergebnis gekommen, welches der Auffassung des Reichsarbeitsministers entspricht. Grund dazu war vor allem die Auffassung, daß wir wieder mehr Gewicht auf den wirklich freien Kollektivvertrag legen müssen und dadurch auch den bisher hintangehaltenen Ausbau des Tarifschlichtungswesens fördern. Ebenfalls entscheidend wirkte die Tatsache mit, daß in vielen Fällen die Verbindlichkeitsklärung erfolgte, wo die Unternehmer ein besonderes Interesse dafür zeigten. Erinnert sei nur an die April-Lohnbewegung im Buchdruckgewerbe. Deshalb begrüßen auch wir diesen Entschluß.

Um der Schwalbe willen,
Vielleicht, daß Ihr den Menschen findet.
Und mehr als den Menschen.

Kaufe ich Euch, Schwalben,
Dächle ich meines wertenden Luns.
Dächle auch Du, Freund.

Schon wehen herbstliche Stürme
Ueber die schwäbischen Felder,
Taumeln in Lüften
Heimtöle Blätter.
Aus sumptigen Wäldern der Donau
Stiegen die Rebel
Braun
Den kalten Mantel
Inwendlicher Leintlage.

Zum Winterflug
Sammeln sich die Schwalben.

Zur Winterstille
Sammelt sich mein Herz.

Run habt Ihr mich verlassen, liebste Gefährten Ihr
meiner Haft.
Wie war die Zelle warm von Eurer stürrenden Melodie,
vom Atem Eurer Körperchen, von den löbenden
Euphonen Eures stürrenden Fluges.
Ihr kosmischen Gefährten meines Sommers,
Geltelste Ihr,
Fernste,
Nächste,
In demütiger Dankbarkeit
Denke ich Eurer schenkenden Liebe.

Die Reichsdruckerei im Spiegel der Prinzipalität und der Arbeiterschaft.

In der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“, dem Organ der Buchdruckerbeisitzer, wird in einigen in letzter Zeit erschienenen Artikeln lebhaft Klage geführt wider den Wettbewerb der Reichsdruckerei gegen die Privatdruckereien und den wissenschaftlichen Buchhandel. Auch wir als Hilfsarbeiter wollen an der sich angeponnenen Debatte nicht uninteressiert vorbeigehen, sondern auch unser Schärfein zu den Auseinandersetzungen zwischen Prinzipalität, Direktion der Reichsdruckerei und der Arbeiterschaft beitragen. Von Anfang an sei jedoch betont, daß uns die Klage der Prinzipale um verlorengegangene Aufträge und entgangene fette Geminne (ohne solche würden die Buchdruckerbeisitzer auf behördliche Aufträge gern verzichten) wenig interessiert. In den Vordergrund unserer Betrachtungen stellen wir die Frage, ob die Reichsdruckerei in der Produktion einen Faktor darstellt, der wirtschaftliche Vorteile bringt, also einer weiteren Förderung bedarf oder an deren Stelle die private Produktion treten soll.

Diese Frage hängt eng zusammen mit den Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Tendenz und Ziel dieser proletarischen Organisationen geht bekanntlich zur Expropriation der Expropriateure, zur Verstaatlichung und Sozialisierung. Es erhebt sich nun für uns die Frage, inwiefern die heutigen Staatsbetriebe, zu denen auch die Reichsdruckerei gehört, Clappen zu diesem Ziele sind oder werden können. Wir müssen zu diesem Zweck die Stellung der heutigen Staatsbetriebe und ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft kennen lernen.

Ihre Entstehung verdanken sie dem Merkantilismus jener Zeit, in welcher Staat und Fürsten zur Deckung der Ausgaben für Söldnerheere usw. Geldbenötigten, sich Staatsbetriebe durch Beamte einrichteten und aus ihnen Gewinne zogen. Aus Mißtrauen gegen die Beamten wurde ein umfangreicher Kontrollapparat eingefügt, der sich nach und nach zum Bürokratismus entwickelte. Mit dem Aufblühen der privatkapitalistischen Industrie verloren die Staatsbetriebe durch stehenbleiben ihrer technischen und sonstigen produktionspolitischen Entwicklung gegenüber der Privatindustrie ihre Konkurrenzfähigkeit. Damit verloren sie auch ihren Zweck als Gewinnquelle. Staatsbetriebe wurden nun nur noch dort errichtet, wo sie eine Monopolstellung einnehmen konnten, wie Post, Eisenbahn usw. Die Reichsdruckerei wurde gegründet um den Bedürfnissen des Staates an gedruckten oder geheimen Drucksachen Rechnung tragen zu können.

Die heutigen Staatsbetriebe unterscheiden sich von den Privatbetrieben in erster Linie durch ihren Verwaltungsapparat. Es herrscht hier noch nach 200 Jahren die tamerantistische Buchführung, trotzdem in der Technik der Verwaltung in den privatkapitalistischen Unternehmungen sich ungeheuer viel gewandelt hat. Des weiteren ist ein Unterscheidungsmerkmal zwischen Privatindustrie und Staatsbetrieb die Stellung der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Im Staatsbetrieb ist dem Gesamtpersonal (rechtlich nur den Beamten, moralisch aber allen) eine Lebensstellung garantiert. Daraus ergibt sich, daß hier jeder nur seine Pflicht tut, und nicht mehr. Auch Fähigkeiten und sonstige Eigenschaften der Beamten und Angestellten werden nicht gewertet. Die Aufstiegsmöglichkeiten ergeben sich aus der Dauer der Dienstjahre. Rückständige Technik, alte bezoppte Arbeitsmethoden, die von den von der Wissenschaft durchgearbeiteten und nicht eine Spur enthalten, hochentwickelter Bürokratismus, sind weitere Kennzeichen unserer heutigen Staatsbetriebe. Ihr Wirkungsgrad ist heute noch in hohem Maße geringer. Der wesentliche Vorteil der Staatsbetriebe liegt darin, daß er vergesellschaftete Produktionsmittel darstellt, und heute in erster Linie volkswirtschaftlichen Interessen dienbar gemacht werden soll. Die Staatsbetriebe in ihrer heutigen Form stellen keineswegs ein Ideal vergesellschafteter Produktionsmittel dar. Sie sind jedoch reorganisationsfähig. Mit dem Einfluß der Arbeiterschaft auf Staat und Wirtschaft wachsen die Möglichkeiten zur Reorganisation. Die Staatsbetriebe sind also als Clappen zum Ziel der Gewerkschaften zu werten.

Die Reichsdruckerei bildete bis zur Revolution unter den Staatsbetrieben keine Ausnahme. Asdann setzte jedoch ein früherer Zug ein zur Reorganisation. Großen Anteil daran hatte die Arbeiterschaft der Reichsdruckerei, die bisher nur Objekt war, jetzt Subjekt wurde, sich in den ersten Monaten der Revolution gewissermaßen als Träger, als Verantwortliche betrachteten. Ein sehr beachtenswertes Moment war die Ersetzung des bisherigen aus dem Beamtenstande hervorgegangenen Direktors, durch einen Fachmann. Die Reorganisation bezog sich in erster Linie auf den Produktionsapparat. Vor der Revolution hatte schon der Anfang der Reorganisation infolge der erhöhten Anforderungen die an die Reichsdruckerei gestellt wurden, begonnen und wurde nun nach der Revolution unter überaus tätiger Mitwirkung der Arbeiterschaft fast vollendet, wobei die bauliche und technische Verbesserung durch die Instruktion gefördert wurde. Wenig Anteil daran hatte der Verwaltungsapparat. In wenigen Jahren hat sich die Reichsdruckerei zu einem Betrieb von riesigem Ausmaße, ausgestattet mit den modernsten Produktionsmitteln, arbeitend nach wissen-

schafflichen Arbeitsmethoden, entwickelt. Auch den hygienischen und sozialpolitischen Forderungen der Arbeitererschaft ist in gewissem Maße Rechnung getragen worden.

Aus dem Steindruckgewerbe.

Berlin.

Tariflöhne für die Steindruckerei-Hilfsarbeiter ab 19. Juli 1924 (für 48 Arbeitsstunden).

I. Männliche Arbeitnehmer.

a) Schleißer	über 24 Jahre	30,—	Mk.
	von 21—24	25,—	"
	19—21	20,50	"
	18	17,50	"
b) Stoffträger	über 24	28,—	"
	von 21—24	23,50	"
	19—21	19,—	"
	18	16,50	"
c) Jugendl. männl.	18	6,50	"
	15	6,50	"
	16	8,—	"
	17	10,50	"

II. Weibliche Arbeitnehmer.

a) Anlegerinnen	18,50	"
b) Sagenfängerinnen	17,—	"
c) Seltige Hilfsarbeiterinnen	über 21 Jahre	15,—
	von 19—21	14,—
	18	13,—
d) Jugendl. weibl.	14	6,50
	15	6,50
	16	8,—
	17	9,50

Die Entschädigung für Bronzier- und Fuderarbeiten beträgt 5 Pf. pro Stunde (§ 5 des Tarifs).

Die Bestimmungen betr. Arbeitszeit sind die gleichen wie für die Geheissen.

Die neuen Tariflöhne gelten ab 19. Juli 1924 für alle im Betrieb befindlichen Arbeitnehmer.

Das Abkommen ist erstmalig kündbar am 15. August 1924 für den 31. August 1924. Erfolgt keine Kündigung, dann läuft das Abkommen stillschweigend weiter, sofern es nicht jeweils am 15. für Ende des laufenden Monats gelündigt wird.

Aus den Zahlstellen.

Berlin. Am Dienstag, den 29. Juli waren die Vertrauensleute des Steindrucks versammelt, um Stellung zu nehmen zu den erneuten Verhandlungen im Steindruckgewerbe und darüber zu entscheiden. Kollege Hornte gab einen Situationsbericht. Er schilderte den Gang der Verhandlungen, die mit ebensolchen Schwierigkeiten wie die vorhergehenden erfüllt waren. Schließlich wurde in den fruchtigen Fragen doch eine Einigung erzielt. Er empfahl den Vertrauensleuten den (an anderer Stelle wiedergegebenen) Abschluss zu ratifizieren. In der Diskussion sprachen mehrere Redner für und gegen die Annahme. Insbesondere herrschte Unklarheit über die Frage, ob auf höhere Löhne Zulagen gezahlt werden. Kollege Hornte wies im Schlusswort nochmals auf die mit den Unternehmern vereinbarte Protokollnotiz hin, was die Unklarheit beseitigte. Die Abstimmung ergab die Annahme des neuen Lohnabschlusses gegen eine starke Minderheit. Nachdem der Kassierer Blankenburg noch einige Ausführungen betreffs Arbeitslosenjammeleiten gemacht hatte, schloß mit dem Appell, weiterhin auch im Steindruck das Organisationsverhältnis zu verbessern, Kollege Bergemann die Versammlung.

Heidelberg. Am 19. Juli fand eine Besichtigung der hiesigen Sternwarte statt. Veranstalter waren die graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, Zahlstelle Heidelberg. Der Verband der Deutschen Buchdrucker, Bezirksverein Heidelberg, schloß sich derselben an. Nahezu 60 Personen nahmen an der Besichtigung teil. Unter Führung des Kollegen Berger erfolgte um 1/2 Uhr abends der Abmarsch. In drei Abteilungen unter Führung der Herren Assistenten und Monteur ging bald nach Ankunft in der Sternwarte die Besichtigung vor sich. Es wurde der Kollegenschaft alles gezeigt, erklärt und zum Teil vorgeführt. Auch den Erdbenenanleger (Seismograph) konnte man in Augenschein nehmen. Als Abschluß zeigte uns mit Hilfe eines modernen Fernrohrs Herr Geheimrat Professor Wolf den Planeten Saturn. Nach Schluß der Besichtigung trat alles zufrieden-gestellt den Heimweg an. Die harte Besichtigung hat gezeigt, daß die hiesige Kollegenschaft auch für dieses Gebiet Interesse zeigt. Der Vorstand der Heidelberger Zahlstelle ist bestrebt, neben gewerkschaftlicher Arbeit noch mehrere ähnliche Veranstaltungen zu unternehmen, um ein größeres kollegiales Zusammenfinden innerhalb der hiesigen Zahlstelle zu fördern.

S. R.

Rundschau.

Die Sonderzulage im besetzten Gebiet des Kreises II ist schon oftmals Streitpunkt bei Verhandlungen gewesen. Auch jetzt wollen die Prinzipale die Ruhe im Gewerbe durch einen kategorischen vollständigen Abbau der Sonderzulagen stören. In der „Zeitschrift“ vom 29. Juli finden wir folgende Notiz:

„Die Sonderzulagen für das besetzte Gebiet des Kreises II läuft, worauf wir hiermit ausdrücklich hinweisen, nach dem Lohnabkommen vom 25. Mai nur bis 1. August d. S. Die Gehilfenschaft in einzelnen Betrieben soll, wie wir hören, auf dem Standpunkt stehen, daß mit der Verlängerung des Reichslohnes auch die Sonderzulage über den 1. August hinaus automatisch verlängert ist. Dieser Standpunkt ist nicht richtig. Bereits im Schiedspruch vom 2. April d. S. war die Sonderzulage terminiert, bis 2. August auf 10 Proz. und bis 31. Mai auf 5 Proz. festgesetzt worden, so daß sie von diesem Zeitpunkt ab ganz in Fortfall kommen sollte. Bei den Verhandlungen vom 25. Mai ist dann die Sonderzulage von 10 Proz. mit Rücksicht auf die damaligen Wirtschaftsverhältnisse ausdrücklich bis zum 1. August zugesichert worden. Von einer Einbeziehung in das allgemeine Lohnabkommen und einer automatischen Verlängerung der Sonderzulage bei einer Verlängerung des allgemeinen Lohn-

abkommens ist nie die Rede gewesen. Der klare Wortlaut des Abkommens vom 25. Mai spricht auch dagegen. Damit hat die Sonderzulage am 1. August ihr Ende erreicht, während das Lohnabkommen bis zum 29. August weiter verlängert ist.“

Der Vorstoß des Hauptvorstandes wird von den Prinzipalen des besetzten Gebietes unterstützt, indem diese dem Personal bekanntgeben, daß die Zentralkommission sich dem Abbau einverstanden erklärt haben. Das trifft nicht zu. Weder unser Verbandsvorstand noch der Verbandsvorstand der Buchdrucker teilt die Auffassung der Prinzipale. Daß die Sonderzulage nach der Wiederkehr gesunder Verhältnisse in Fortfall kommen kann, ist auch uns klar. Es leuchtet uns nur nicht ein, daß die Gefundung der Verhältnisse schon eingetreten sein soll. Wenn eine Besserung zu verzeichnen ist, bedeutet das noch lange kein Recht zum Abbau. Die Sonderzulagen sind stets in so minimaler Höhe gezahlt worden, daß sie den Bedürfnissen absolut nicht Rechnung getragen haben.

Einverständnis können wir uns auch nicht erklären mit der Auffassung des DBV, daß in die automatische Verlängerung des Lohnabkommens die Sonderzulage nicht mit einbezogen ist. Wenn die Absicht vorhanden war, die Sonderzulage zu beseitigen, und dies ist in Erkenntnis der schwierigen Lage nicht gesehen, dann muß mindestens doch die Notwendigkeit der Weiterzahlung vorgelegen haben. Die Lage hat sich in vier Wochen nicht umstürzend geändert. Im übrigen sind wir auch der Auffassung, daß die Sonderzulage ein Bestandteil des Tarifs ist und dieselbe Dauer wie das laufende Lohnabkommen hat.

Am Donnerstag, den 7. August, haben in Berlin Verhandlungen über die Sonderzulage stattgefunden. Ein Resultat liegt uns bis jetzt noch nicht vor. Wir werden es in der nächsten Nummer der „Solidarität“ veröffentlichen. Die Kollegenschaft des besetzten Gebietes hat streng die Weisungen der dortigen Leitung zu befolgen.

Die Bedeutung der Arbeitspausen ist ziemlich umstritten. Die Arbeitspsychologen, die die Leistungsfähigkeit der Arbeiter beobachten, legen ein großes Gewicht auf ausgiebige Arbeitspausen, besonders auf die Mittagspause. Auf der anderen Seite hat sich nach Einführung des Achtfundentages überall das Bestreben der Arbeiter geltend gemacht, die Zeit der gesamten Anwesenheit im Betrieb möglichst abzukürzen. Die Wohnungsnot beziehungsweise die große Entfernung der Wohnungen von der Werkstätte trug zu diesen Bestrebungen bei, ebenso die Ausbreitung des Gartenbaues. Auch zur Erzielung des freien Samstagnachmittags wurde oft durchgehend oder nur mit sehr geringer Pause gearbeitet. Die Wiener Arbeiterkammer hat nun im Monat Mai in begug auf die wichtigsten Betriebe der Metall-, Textil-, chemischen und Lebensmittelindustrie Oesterreiches eine Untersuchung angestellt. Das Ergebnis derselben, das im zweiten Hefenheft der „Arbeit und Wissenhaft“ von Fritz Rogger besprochen wurde, ist sehr lehrreich. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß in den Betrieben mit normaler Arbeitszeit, das heißt, daß denen in einer Schicht pro Tag im Rahmen des zeitigen Ausmaßes gearbeitet wird, die Arbeiter aus gesundheitlichen Gründen und wegen der Unfallsicherheit die Einhaltung einer ein-, anderthalb- oder zweistündigen Mittagspause durchweg verlangen. Auch die Gewerkschaften bekämpfen die pausenlose, durchlaufende Arbeitszeit, und die Abstimmungen in den einzelnen Betrieben haben zu dem gleichen Ergebnis geführt. Dagegen möchten die Unternehmer die Pause zwecks Herabsetzung der Löhne abkürzen. Anders liegt der Fall bei Betrieben, wo in mehreren Schichten gearbeitet wird, ohne daß der Arbeitsprozeß selbst ein ununterbrochener wäre. Der Schichtwechsel findet hier oft in den frühen Morgenstunden oder späten Nachmittagen statt. Bei dieser Schichtenteilung spielen Verkehrsverhältnisse eine entscheidende Rolle. In diesen Fällen ist es daher das Bestreben der Arbeiter, die Zeit der Anwesenheit im Betrieb auf Kosten der Pause abzukürzen.

Kommunistische Führer. Aus dem preussischen Landtage wird ein Fall gemeldet, der auf die moralische Qualität einer führenden Persönlichkeit ein eigenartiges Licht wirft, und da es sich um einen rigorosen Fall von Kindererausbeutung handelt und der kommunistische „Führer“ zu denen gehört, die über den Verrat der Sozialdemokratie und die reaktionären Gewerkschaftsorganisationen nicht laut genug schreien und auf sie Mittelbel schütten können, verdient die Begebenheit hier festgehalten zu werden. Es handelt sich um folgenden Fall:

Ein Mitglied der Deutschen Volkspartei hatte dem kommunistischen Abgeordneten Paul Hoffmann Verwendung von Kinderarbeit bis 4 Uhr nachts in den Räumen seiner Schanzwirtschaft zum Vorwurf gemacht. Der völkserhaltliche Abgeordnete verlas zur Betätigung seiner Ausführungen einen Artikel aus einer Zeitung, einer bürgerlichen Zeitung, wie er später mitteilte. Paul Hoffmann antwortete zunächst mit maßlosen Beschimpfungen der „sozialistischen Verleumder“, die übrigens noch schöner Namen erhielten. Er bestritt immer wieder, „keine Pflöckelkinder“ beschäftigt zu haben. Von Pflöckelkindern war zwar nicht gesprochen worden. Dies wurde Herr Hoffmann auch immer wieder zugeführt. Er blieb aber dabei, er habe niemals Pflöckelkinder beschäftigt, sei wegen Kindererausbeutung auch nicht bestraft worden und habe auch kein Strafmandat aus diesem Grunde erhalten.

Diese Behauptungen mußte er allerdings wesentlich einschränken, als ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion erklärte, der Degenerent eines Berliner Augenmanns hätte Beweise dafür, daß wiederholt im Lokal des Herrn Hoffmann ein Kind bis spät in die Nacht hinein beschäftigt worden ist. Nummehr lenkte Herr Hoffmann ein. Er bestritt zwar die Beschäftigung bis 4 Uhr, gab aber zu, daß seine Frau in seiner Abwesenheit das Kind beschäftigt habe, um den Gästen die Getränke auf den Tisch zu stellen. Das Kind sei verschiedentlich aufgeforscht worden; zu weit zu gehen, habe sich aber geweigert (?). Seine Frau habe zwar ein Strafmandat erhalten, aber nicht er.

Drollig war die Entrüstung der übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion, nicht etwa die Entrüstung über die Kinderbeschäftigung, sondern die Entrüstung gegen diejenigen Abgeordneten, die gegen ungesetzliche Beschäftigung kindlicher Arbeitskraft etwas einzuwenden hatten. Ein Kommunist entzündete die festgesetzte und auch zugegebene Lebertretung des Kinderbeschäftigers, wie bereits erwähnt, mit dem Hinweis auf ähnliche Vorkommnisse im bürgerlichen Leben.

Der Kampf der Sozialdemokratie gegen die Verwendung von Kinderarbeit geht nicht erst seit heute und gestern, son-

dern seit ihrem Bestehen. Gerade die Kommunisten, die mit Lungenkraft und Wortschwall den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft führen, berufen sich jetzt auf noch heute von den Bürgerlichen gemachte Fehler und entschuldigen damit ihre eigenen. Da ja, es ist doch ein Unterschied zwischen Klientelismus in Theorie und Praxis, ob er geführt wird mit dem Herzen oder mit dem Maul.

Gewerkschaftler und Unorganisierte in England. In den Zechen im Garw-Tal in Süd-Wales waren unter 5000 Bergarbeitern 70 Unorganisierte zu verzeichnen. Kürzlich lehnten sämtliche 5000 Bergarbeiter die weitere Zusammenarbeit mit diesen 70 Unorganisierten ab; nach einer eintägigen Arbeitsniederlegung traten diese 70 Bergarbeiter ihrer Organisation bei. Diese Aktion für die Gewerkschaft brachte den Beteiligten einen Lohnverlust von 2500 Pfund (etwa 47 000 Mk.).

Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten. Das Abflauen der Konjunktur hat sich bisher im allgemeinen noch nicht in Form von Arbeitslosigkeit ausgemirkt. Für den Winter wird aber mit erheblicher Arbeitslosigkeit gerechnet, und zwar insbesondere in der Stahl- und Schuhwarenindustrie, mit Wahrscheinlichkeit aber auch in der Textil- und Automobilindustrie. Neben dem sofort zu erwerbenden Kohlenbergbau sind es die genannten Industrien, wo die Leberkapitalisierung am größten ist, beziehungsweise die Leistungsfähigkeit über die normalen Verbrauchsmöglichkeiten hinausgeht. Im Kohlenbergbau, wo die Leberkapitalisierung am größten ist, besteht bereits jetzt eine sehr erhebliche Arbeitslosigkeit, und zwar zum Schaden der organisierten Bergarbeiter. Diese konnten vor einigen Monaten einen Tarifvertrag auf drei Jahre zu den damaligen hohen Löhnen abschließen. Die dauernde Beschäftigung konnte ihnen aber nicht zugesichert werden; jetzt können die nicht-organisierten Bergarbeiter, die ohne Tarifvertrag arbeiten, besser beschäftigt werden, da die Unternehmer dieser Gruben die Preise der anderen unterbieten können. Demzufolge sind von den Organisierten bereits 30 000 arbeitslos, während die übrigen 50 000 weniger als zwei Tage in der Woche beschäftigt sind.

Zehn Minuten Arbeitsruhe in Italien. Die Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Giacomo Matteotti hat die geistigen und politischen Fundamente der faschistischen Herrschaft schwer erschüttert. Nicht etwa, weil dieses Verbrechen ein Novum in der Geschichte der „neuen Ära“ wäre, sondern weil die ganzen Zusammenhänge und Umstände der Tat auch dem Ungläubigsten bewiesen haben, daß das faschistische Regiment nur in Gewalt und Verbrechen seine Stütze hat und fußt.

Ein Beweis für die Auswirkung des Verbrechens auf die öffentliche Meinung ist die vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund durchgeführte Trauerunterbrechung. Trophem die faschistischen Korporationen behaupten, die Arbeiter hinter sich zu haben und über zwei Millionen Mitglieder zu zählen, konnte es geschehen, daß die Lösung der angeblich vernichteten freien Gewerkschaften das Leben der Großstädte und sogar faschistischer Hochburgen, wie Bologna und Antra, für zehn Minuten stilllegte.

Kein Generalfest der ehemals so bewegten Epoche ist mit solcher Einseitigkeit durchgeführt worden und hat derartig auf die öffentliche Meinung gewirkt wie dieser stumme Zehn-Minuten-Protest.

Das Organ der freien Gewerkschaften, „Battaglia Sindacale“, bringt seltenlangte Berichte über den Verlauf der Kundgebung und zieht ihnen als Lösung voran ein Wort des Sozialistenführers Lurati: „Mit der Ermordung Matteottis beginnt die neue Geschichte Italiens. Unsere einzige Aufgabe wird sein, uns ihrer würdig zu erweisen!“

Abrechnungen.

In der Woche vom 28. Juli bis 2. August gingen folgende Zahlungen bei der Hauptkasse ein:

- Gau 1: Bielefeld 500 Mk.
- Gau 2: Frankfurt 300 Mk.
- Gau 3: Stuttgart 300 Mk.
- Gau 4: Mönchengladbach 1068,68 Mk.
- Gau 4a: Rürnberg 187,54 Mk.
- Gau 7: Königsberg 272,70 Mk.
- Gau Leipzig: 1500 Mk.
- Gau Berlin: 2500 Mk.

Berlin, den 2. August 1924.

S. Lodaql.

Literatur.

Die deutsche Arbeiterkraft und das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April, von Heinrich Häfner, Berlin und Dr. Georg Berger, Potsdam, 60 Seiten, Preis 0,50 Mk. (Mit Wiederzug billiger) erhältlich in allen Buchhandlungen oder auch unmittelbar durch den „Stein-Verlag, Berlin 35, Karlsruher Str.“

Die rechtliche und geschichtliche Stellung der Arbeitervereine sind, wenn sie beachtet eine rechtliche Stärkung des Einzelnen, der sich nach und nach in allen Lagern des Volkes durchzusetzen beginnt.

Gemeindefinanzen und Gemeindefinanzern in Preußen. Von Dr. u. a. H. G., Bürgermeister in Köslitz a. M., Verlag: Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Braunschweig a. M.

Werte zur Einführung des Arbeiters (Heft 1) heißt der Titel der als Warte für die proletarische Bildungsarbeit vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands herausgegebenen Broschüre. Sie enthält eine Reihe von Aufsätzen und eine Broschüre in konzentrierter Stoffauswahl ein in die einzelnen Gebiete der Arbeiterliteratur dabei eine reiche und wertvolle Quellenangabe der zweckdienlichen Literatur bringend. Dann folgen methodische Ratschläge zur geistigen Arbeit.

Briefkasten.

S. in Heidelberg. Informat 1,50 Mk.

Unserem Kollegen Couls Schmidt, bei der Firma Bierer & Hofbuchdrucker, zu seinem 30jährigen Berufsjubiläum die besten Glückwünsche.

Zahlstelle Altenburg i. Thür.

Unsern lieben Kollegen Schlipf und Gemahlin die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Heidelberg.

Verantwortlich für den Inhalt: S. Schütz, Charlottenburg, Weichselstraße 16. Fernruf: Amt Westend 1324. - Berlin S. Lodaql. - Druck: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.